

„Teilweise werden sogar verfeindete Seiten beliefert!“

Rheinmetall ist ein Aushängeschild der deutschen Waffenindustrie. Rund um den Antikriegstag am 1. September wollen Antimilitarist*innen den Konzern an seinem Sitz im niedersächsischen Unterlüß besuchen. Ein Gespräch mit den Organisator*innen.

Ihr ruft rund um den Antikriegstag am 1. November dazu auf, ins niedersächsische Unterlüß zu kommen. Dort hat der Waffenkonzern Rheinmetall seinen Sitz. Was werft ihr dem Unternehmen vor?

Rheinmetall und alle anderen Waffenproduzenten profitieren mit ihrem Geschäft von Krieg und Zerstörung in aller Welt. Und schlimmer noch, mit ihren Waffenverkäufen werden Konflikte angestachelt. Es werden Möglichkeiten geschaffen, Interessen mit Waffengewalt durchzusetzen und Menschen zu unterdrücken. Denn Waffen sind zum Töten da und in Kriegen sind Zivilist*innen die größten Leidtragenden und Opfer. Bei Waffenexporten gibt es keine Moral und keine Regeln.

Die wenigen Gesetze, die in Deutschland existieren, werden von Unternehmen wie Rheinmetall durch Tochterfirmen im Ausland – zum Beispiel auf Sardinien oder in Südafrika – umgangen. So exportieren sie munter in Krisenländer und Kriegsgebiete. Teilweise werden sogar verfeindete Seiten beliefert. Wir kritisieren alle Waffenexporte, aber jetzt gerade sind für uns auch die Aus-

führen in die Türkei ein wichtiger Auslöser. Dort wird das Regime der AKP und Erdogan durch solche Waffen gestützt. Die Waffen werden gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt und auch in völkerrechtswidrigen Kriegen wie aktuell im nordsyrischen Afrin und im Nordirak/Südkurdistan. Erdogan versucht alle Gegner seiner Politik und alle demokratischen Kräfte in der Region umzubringen. Häufige Waffenexporte ohne jedwede Einwände gegen seine faschistische Politik sehen wir als klare Unterstützung. Und diese Waffenexporte sind nur ein Beispiel unter vielen. Und unseren Protest sehen wir auch durch die aktuellen Umfragen bestätigt, die sagen, dass ein Großteil der Bevölkerung in Deutschland gegen Waffenexporte ist. Deswegen tragen wir den Protest hier nach Unterlüß und sagen: „Krieg beginnt hier!“

Es soll ja nicht nur eine Demonstration geben, sondern allerlei Rahmenprogramm. Was ist geplant?

Wir wollen nicht nur gegen Rheinmetall und Kriegspolitik protestieren, sondern natürlich auch zeigen, wofür wir stehen und was unsere Visionen einer demokratischen Gesellschaft beinhalten. Somit ist unser gesamtes Camp ein Ausdruck unserer Vorstellungen darüber, wie wir leben und miteinander umgehen wollen. Gestaltet wird das durch gemeinsames Essen, tägliche Treffen und kollektive Diskussionen, aber auch durch Bildung

und Diskussionen. Dabei wollen wir uns austauschen und auch mit Menschen aus der Region ins Gespräch kommen, wie z.B. Konversion aussehen, also wie Rheinmetall andere Produkte abseits von Kriegsgerät herstellen kann. Auch Kultur wird eine Rolle spielen, weil sie für uns ein wichtiger Bestandteil von gemeinschaftlichen Leben ist – und dabei sprechen wir nicht von Fernsehen oder digitalen Spielen, sondern von Musik und Kunst.

Rheinmetall ist ja für Unterlüß ein recht großer „Arbeitgeber“ – und noch dazu ein finanzstarker. Wie reagiert die lokale Bevölkerung auf die antimilitaristischen Anliegen? Gibt es Kontakt zu Arbeiter*innen aus dem Werk?

Also bisher sind die Reaktionen sehr gering. Es wird Abstand gehalten, was bestimmt auch mit der Meinungsmache gegen uns zu tun hat. Es wurden im Vorfeld Gerüchte über uns gestreut, dass wir Chaos und Zerstörung nach Unterlüß bringen würden – quasi die übliche Meinungsmache gegen linken Protest. Es gibt bisher nur vereinzelt Unterstützung und viele Menschen sind eingeschüchert. Rheinmetall ist wirtschaftlich wichtig für die Region und etwas dagegen zu sagen, trauen sich die meisten Menschen hier nicht. Es wurde definitiv auch von Seiten des Konzerns Druck mindestens auf die Politik ausgeübt, der Unterstützung erschwert. Trotzdem gibt es auch hier in der Region Menschen, die unser Anliegen teilen und auch in

Dritter Hamburger in der Türkei festgehalten

Wie die Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft mitteilt, befinden sich zurzeit mindestens sieben deutsche Staatsangehörige aus politischen Gründen in türkischer Haft. Drei von ihnen sind Hamburger. Laut Auswärtigem Amt befinden sich Ilhami A. und Dennis E. in einem türkischen Gefängnis, Doğan C. wurde nach einigen Tagen Haft entlassen und wartet derzeit auf sein Gerichtsverfahren. Bis dahin wurde ihm eine Ausreiseperrre auferlegt. Bei allen drei Festnahmen ist der Vorwurf der türkischen Sicherheitsbehörden der gleiche:

kritische Meinungsäußerung zur Politik des türkischen Staates – sogenannte Terrorpropaganda. „Willkürliche Verhaftungen und Verfolgungen wegen kritischer Meinungsäußerungen stellen einen schweren Eingriff in die Menschenrechte dar und dürfen von der Öffentlichkeit nicht unkommentiert bleiben“, sagt Christiane Schneider, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft. Eine erhebliche Gefahr bestehe nicht nur für Menschen, die in die Türkei einreisen, sondern auch auf deutschem Boden. „Es

zeigt sich immer wieder, dass Erdogans langer Arm bis nach Hamburg reicht. Auch in Hamburg werden Oppositionelle vom türkischen Geheimdienst verfolgt. Seit einigen Monaten kommt es häufiger zu Verhaftungen von deutschen Staatsbürgern in der Türkei. Das sollte der Hamburger Senat nicht hinnehmen. Er sollte sich für die Freilassung und die intensive Betreuung der aktuell Inhaftierten und Festgehaltenen einsetzen“, meint Cansu Ozdemir, Ko-Vorsitzende der Linksfraktion. ANF 29.8., ISKU

Meldungen

Drei PKK-Gefangene aus deutscher Haft entlassen

Wie Azadi e.V. in seinem Infodienst berichtet, sind im August drei nach den Paragrafen 129a/b StGB als PKK-Mitglieder zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilte kurdische Aktivisten freigelassen worden. Ali Özel wurde nach Verbüßung einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und sechs Monaten aus der Haft entlassen. Bedrettin Kavak war vom OLG Hamburg August 2016 zu einer Haftstrafe von drei Jahren verurteilt worden. Ali Hıdır Doğan musste zwei Jahre und vier Monate Haftstrafe verbüßen. ANF 29.8., ISKU

Rojava: Dörfer an der Grenze im Visier des türkischen Staates

Mit Beginn der Revolution von Rojava haben die Grenzverletzungen durch türkische Militärs zugenommen. Der türkische Staat greift zivile Siedlungen und religiöse Stätten an. Täglich werden zivile Ortschaften beschossen. Internationale Organisationen schweigen zu den Rechtsverletzungen durch den türkischen Staat. ANF 30.8., ISKU

YPG: Massiver Vergeltungsschlag gegen Besatzungstruppen in Efrin

Das Pressezentrum der YPG berichtet von einem Vergeltungsschlag am 29.8. gegen das türkische Militär und seine Milizen, bei dem mindestens 19 Angehörige der Besatzungstruppen in Efrin getötet wurden. ANF, 30.8., ISKU

Demirtaş bleibt in Haft

Seit November 2016 befindet sich der kurdische Politiker Selahattin Demirtaş (HDP) in türkischer Geiselhaf. In einem der unzähligen Strafverfahren gegen ihn fand heute eine Hauptverhandlung vor dem 19. Schwere Strafrichter Ankara im Strafvollzugskomplex Sincan statt.

Demirtaş, der als Führungsfunktionär einer terroristischen Or-

HDP-Abgeordnete Dağ: Ziel ist die Entvölkerung Kurdistans

Waldbrände als Kriegswaffe wurden zum ersten mal in Kurdistan zur Zeit des Aufstands von Şêx Saîd eingesetzt. Mit dem „Reformplan-Ost“ (Şark Islahat) wurde diese Methode während des Massakers von Dersim weiterhin eingesetzt. Der türkische Staat, der in den 90er Jahren eine neue Welle der Vertreibungspolitik in Gang gebracht hat, setzt nun zum Schutz seiner zur Besetzung der Region errichteten Militärbasen und Jandarmastationen weiterhin auf systematisch gelegte Waldbrände. Diese gelegten Brände vernichten fast jedes Jahr große Waldgebiete in Nordkurdistan. Dieses Jahr sind in Licê, Dara Hênê, Cûdî, Gabar, Herekol, Besta und Dersim schon Tausende Hektar Waldgebiete vom türkischen Staat niedergebrannt worden. Tausende Tierarten sind dadurch von der Vernichtung bedroht oder bereits verschwunden.

Die Abgeordnete der HDP für die Provinz Amed, Dersim

Dağ, über die Waldbrände in Kurdistan: sie erklärt, dass die türkischen Soldaten unter dem Vorwand von „Militäroperationen“ oder „Sperrgebieten“ die Wälder Kurdistans systematisch in Brand setzen: „Seit Anfang Sommer gehen die Brände, die in Licê begannen, in anderen Regionen weiter. Vor 20 Tagen brach ein Brand im Aliboğaz-Gebiet bei Hozat aufgrund des Bombardements durch die türkische Armee aus. Das Feuer konnte durch den Einsatz der Bevölkerung gelöscht werden. Leider hat der türkische Staat vor wenigen Tagen in Dersim auch ein anderes Gebiet in Brand gesetzt und dieser Brand geht unvermindert weiter.“

Der Staat wollte 1938 Dersim entvölkern und die Kultur von Dersim vernichten, jetzt will er die Natur der Region zerstören. Es geht nicht nur um unsere Sprache und unsere Kultur, sie sind auch Feinde der Natur hier. Der türkische Staat muss von

dieser Politik Abstand nehmen. Wir werden bis zum letzten gegen die Politik der Assimilation und der Massaker kämpfen. Wir werden nicht zulassen, dass unsere Natur und unsere Kultur vernichtet wird. Diejenigen, welche die Umwelt lieben und sich als Umweltschützer*innen bezeichnen, dürfen zu den Bränden in Dersim und Kurdistan nicht schweigen. In den 90er Jahren hat der Staat auch Dörfer und Kreisstädte angezündet und die Menschen in die Migration gezwungen. Sie haben die Menschen und Tiere in ihren Häusern lebend verbrannt. Der Staat macht heute genauso weiter und möchte Kurdistan entvölkern. Die Praxis der 90er Jahre und die des Jahres 2018 unterscheidet sich nicht. Der staatliche Faschismus gegen die Kurd*innen und die Natur Kurdistans nimmt zu. Ebenso werden wir aber auch unseren antifaschistischen Kampf fortsetzen.“ ANF 29.8., ISKU

Tränengas gegen Samstagsmütter: Widerstand geht weiter

Etliche Menschen sind bei einem brutalen Polizeiangriff auf die 700. Kundgebung der Samstagsmütter festgenommen worden. Die Polizei hielt den Galatasaray-Platz besetzt und griff mit Tränengas und Gummigeschossen an. Nach dem Angriff versuchten die Aktivist*innen erneut, auf ihren angestammten Platz zu gelangen. Ihnen wurde der Weg mit Wasserwerfern versperrt. Eine Gruppe ging in ein Café und wurde auch

dort angegriffen. Die Polizei zerstörte Stühle und weitere Einrichtungsgegenstände des Cafés. Der CHP-Abgeordnete Sezgin Tanrikulu rief angesichts des brutalen Vorgehens der Polizei den Innenminister an und teilte hinterher mit, Süleyman Soylu persönlich habe die Kundgebung der Samstagsmütter verboten. Neben weiteren Abgeordneten der HDP und CHP nahm auch Pervin Buldan, die Ko-Vorsitzende der

HDP, an der Aktion teil und erklärte: „Es ist ein Land entstanden, in dem sich vor dem stillen Aufschrei von Müttern gefürchtet wird. Wir werden unseren Kampf fortsetzen.“ Die Abgeordneten wurden mit Gummigeschossen angegriffen. Viele Aktivist*innen erlitten Schwächeanfälle durch das Tränengas. Die Polizisten beschimpften die protestierenden Menschen als „Vaterlandsverräter“. ANF 25.8., ISKU

→ Interview „Rheinmetall entwaffnen“

Celle gibt es viele, die gegen Krieg und Waffenproduktion sind.

Staatliche Repression hat auch nicht lange auf sich warten lassen. Das Verwaltungsgericht Lüneburg hatte zunächst ein „Schlafverbot“ für das Camp ausgesprochen.

Die Begründung war, dass das Schlafen nicht Teil der Versammlung sei, was schlicht und einfach falsch ist. Aber nun hat uns das Verwaltungsgericht Lüneburg Recht gegeben, und wir können auf dem Gelände schlafen. Alles andere ist auch einfach völlig irrsinnig und zeigt nur, wie unser Protest eingeschränkt werden soll. Wir erwarten aber weitere Einschränkung von Seiten der Behörden und sind gespannt wie auch die Polizei sich verhalten wird. Unsere Grundsätze sind jedoch klar und haben wir auch in einem Aktionskonsens festgehalten.

Selbst wenn es gelingt, Rheinmetall zu stören und Öffentlichkeit gegen die mörderische Geschäftsstrategien dieses Konzerns zu schaffen, erfreut sich das Unternehmen ja weiterhin saftiger Profite. Wie kann man nach dem Camp dranbleiben? Was muss passieren, um den Kriegsprofiteuren langfristig zu schaden?

Wir sind nicht die ersten die gegen Rheinmetall, Waffenindustrie und Kriege demonstrieren, und wir werden auch nicht die letzten sein. Die letzten Jahre gab es zum Beispiel das antimilitaristische Camp beim Gefechtsübungszentrum (GÜZ) in der Altmark. Und am 21. September wird es in Kassel Proteste gegen Rheinmetall und andere Waffenproduzenten geben. Unser Camp sehen wir nur als einen kleinen Teilstück in einem Kampf gegen das kapitalistische Patriarchat. Wir müssen diese Welt radikal verändern,

denn es ist offensichtlich das es so wie bisher nicht weitergehen kann. Umweltzerstörung, klimatischer Kollaps, Kriege, Zerstörung, Vertreibung, Flucht und Massendepression sind nur einige Anzeichen für ein unmenschliches System, welches unbedingt umgeworfen werden muss, bevor es zu spät ist. Wir müssen viel mehr aktiv werden, zusammen kommen, Alternativen finden und uns gegen die Herrschenden zur Wehr setzen. Eine revolutionäre Veränderung wird von den Profiteuren dieses Systems nicht einfach hingenommen werden, denn das bedeutet den Verlust ihrer Macht. Aber das darf uns nicht von unserem Vorhaben und dessen Notwendigkeit abhalten. Wir freuen uns über alle die dazu stoßen, aber auch auf eure eigenen Aktionen.

Lower Class Magazine 29.8., ISKU

ganisation angeklagt ist, konnte selbst nur über eine Videoliveschaltung aus dem Gefängnis in Edirne an der Verhandlung teilnehmen. Auch seine Verteidiger waren nicht im Gerichtssaal anwesend. Als ihm das Wort erteilt wurde, erklärte Demirtaş, sich persönlich und in Anwesenheit seiner Anwälte im Gerichtssaal verteidigen zu wollen. Daraufhin wurde die Verhandlung auf den 3. Oktober vertagt. ANF 28.8., ISKU

Entführungen durch Besatzungstruppen gehen weiter

Der türkische Staat und seine Milizen haben bisher Hunderte Zivilist*innen aus Efrîn entführt. Für manche von ihnen wird für ihre Freilassung Lösegeld gefordert, andere verschwinden spurlos. ANF 29.8., ISKU

Termine

29.8.-4.9.

Unterlüß
Rheinmetall entwaffnen. Krieg beginnt hier

2. September

Dortmund
Langer Jugendmarsch

8. September

Dinslaken
Int. Kurdisches Kulturfestival

12. September

Centro Sociale, Hamburg
TATORT Kurdistan Café

29. September

Berlin
Anti-Erdogan Demo

6./7. Oktober

Frankfurt a. M.
Int. Frauenkonferenz

20. Oktober

Karl-Liebknecht-Haus, Berlin
Konferenz: 25 Jahre PKK-Verbot

Quellen:

ANF Firat Nachrichtenagentur

Nüçe erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136

20097 Hamburg

Tel. 040 - 421 02 845

isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

IBAN:DE42370100500003968506

BIC: PBNKDEFF (Postbank Köln)

Die Nüçe findet ihr auch unter:

isku.org